

# Wahlalter 16 – Erfahrungen aus Österreich und Konsequenzen für die Politische Bildung

Thomas Stornig

## 1. Einleitung

Dem Prinzip der Volkssouveränität zufolge geht in der Demokratie alle Macht vom Volk aus. In der repräsentativen Demokratie manifestiert sich diese Macht in der Ausübung des Wahlrechts. Wenn in ihrer Praxis auch andere Formen politischer Mitbestimmung von Bedeutung sind, so stellen Wahlen zweifellos das wichtigste Beteiligungsinstrument der Bürger:innen dar (Dalton & Klingemann 2007): Wahlen entscheiden darüber, wer in Regierungsverantwortung gelangt und andere Ämter besetzt, wer Gesetzesbeschlüsse treffen und umsetzen kann, wer Gelder bekommt und verwaltet. Aufgrund dieser bedeutsamen Funktion von Wahlen bestanden lange Zeit Vorbehalte, inwieweit das gemeine Volk überhaupt fähig ist, diese Verantwortung zu tragen. Denn Wählen erfordert, so wird bis heute argumentiert, ein bestimmtes Ausmaß an politik- und gesellschaftsbezogener Bildung (Faas & Könneke 2021). Wähler:innen sollten nämlich in der Lage sein, im Angesicht immer neuer gesellschaftlicher Herausforderungen geeignete politische Führungskräfte auszuwählen

und deren Performance zu evaluieren (Delli Carpini & Keeter 1996). Umgekehrt diente in der Geschichte der Wahlrechtsentwicklung der Verweis auf die niedrige Bildung bestimmter Gruppen als Argument für deren Ausschluss vom Wahlrecht. Entsprechend wurde gegen die Vergabe des Wahlrechts an Arbeiterinnen und Bauern in Europa, an Schwarze in den USA oder an Frauen in der Schweiz<sup>1</sup> argumentiert.

Im Zuge der Demokratisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts erhielten schließlich immer mehr Bürger:innen in immer mehr Ländern das Wahlrecht. In den 1970er Jahren wuchs die Wahlbevölkerung in vielen Demokratien durch eine Absenkung des Wahlalters von meist 21 auf 18 Jahre (Wattenberg 2012). In jüngerer Zeit schritten einzelne Länder – darunter Argentinien, Brasilien, Ecuador, aber auch Österreich – noch weiter voran, indem sie das allgemeine Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzten.

In ihrem Koalitionsvertrag (2021–2025) strebte auch die letzte deutsche Bundesregierung Wahlen mit 16 für Bundestags- und Europawahlen an. Am 9. Juni 2024 fand schließlich die Wahl zum Europäischen Parlament erstmals



**Prof. Dr. Thomas Stornig**

Hochschulprofessor für Politische Bildung und Demokratiebildung an der Pädagogischen Hochschule Tirol und Lehrer der Praxis Mittelschule